

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckort: Nachrichten Dresden
Fernsprecher-Sammelnummer: 28 241
Nur für Nachdruck: 20 011

Bezugs-Gebühr vom 16. bis 31. Oktober 1927 bei täglich zweimaliger Auslieferung frei Haus 1.50 Mk.
Halbbesondere für Monats- (Oktober) 3 Mark ohne Postgebühren.
Einzelnummer 10 Pfennig.
Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet. Die einseitige 30 mm breite Zeile 25 Btg. für 4 Spalten 40 Btg. Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 15 Btg. außerhalb 25 Btg. die 90 mm breite Reklameweise 50 Btg. außerhalb 250 Btg. Übermaßgebühr 30 Btg. Ausw. Anträge gegen Vorabzahlung.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:
Marienstraße 30 42
Druck u. Verlag von **Vielich & Reichardt** in Dresden
Vollständ. Kont. 1008 Dresden

Stadtdruck nur mit deutlicher Querschriftangabe „Dresdner Nachr.“ zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Feinste Reformationsbrötchen
in allen Preislagen von 50 Pfg. an empfiehlt
Konditorei und Feinbäckerei Beger
Dresden-A., „nur“ Gr. Brüdergasse 13 — Fernspr. 27965

Eiserne Ofen aller Systeme
Vor Einkauf eines Ofens empfehlen sich die Besichtigung unserer Ausstellung. — Reichhaltigkeit in Preis und Auswahl. — Fachmännische Beratung. — Dauerhaftigkeit bewährter Fabrikate.
Florian Czockerts Nachf. Ferdinand
Tel.: 25 401 : Dresden-A., Töpferstr. 9 15 : Tel.: 25 401

Konditorei Limberg
Prager Straße 10
Hochfeine Honigkuchen
in reicher Auswahl

Das politische Bekenntnis Chamberlains.

Museinanderkehrung mit Cecil und Lloyd George. — Keine Garantien über Locarno hinaus.

Die Grenzen englischer Völkerbundspolitik.

London, 27. Okt. Der britische Minister des Auswärtigen, Chamberlain, verteidigte heute in einer Rede auf einem Frühstück des Aldwych-Klubs den von der britischen Regierung auf der letzten Genfer Konferenz eingenommenen Standpunkt und kritisierte die kürzlichen Reden Lloyd Georges. Die letzte Tagung des Völkerbundes habe in England aus leichtverständlichen Gründen mehr Aufmerksamkeit erregt, als sonst die Tagungen des Rates oder der Versammlung. Leider, fuhr der Minister fort, verfallen jedoch Leute, wenn sie vom Völkerbund — sei es gut oder schlecht — sprechen, so oft und so bereitwillig in

die Sprache der Ubertreibung.

Ich habe Reden und Erklärungen über die kürzliche Völkerbundversammlung gelesen, die fast zu der Annahme verleiten könnten, daß die dortigen Vorgänge sich früher nie ereignet haben, daß irgendeine Art von Revolte der kleineren Nationen gegen die großen stattgefunden hat, und ein Maß von Reibungen und Meinungsverschiedenheiten, wie nirgendwo zuvor. Chamberlain sagte, für ihn, der sich an vier solchen Zusammenkünften teilgenommen habe, schiene der Charakter der letzten Versammlung dem der vorhergehenden zu gleichen. Die Ergebnisse seien ausgesprochen ermutigend für die gewesen, die dem Völkerbund und seiner Arbeit Gutes wünschten. Es habe vielleicht eine größere Freiheit der Erörterung gegeben, als bei einigen früheren Gelegenheiten. Aber der Schluss, den er daraus ziehe, sei nicht, daß die Lage gefährlicher ist, sondern daß die Vertreter der verschiedenen Nationen durch den jetzt vorherrschenden Geist ermutigt werden. Fragen in das Licht des Tages zu bringen und sie öffentlich zu erörtern, die in beifälligeren und gefährlicheren Augenblicken für heimliche Konferenzen vorbehalten wurden.

Das Hauptergebnis dieser Erörterungen

scheint zu sein, daß sie dazu gedient haben, die Aufmerksamkeit der Mitgliedsstaaten des Völkerbundes nachdrücklicher auf die praktische Seite des Problems zu konzentrieren, und von unbestimmten Phrasen, von großen und weitläufigen Behauptungen, die nur eine entfernte Zukunft und eine lange Weile erfüllen können, zu den Schritten zurückzuführen, die sofort durchzuführen und verwirklicht werden können.

Chamberlain erklärte: Es würde nicht mit mir sein, voranzugehen, daß die Darlegungen über die Politik der britischen Regierung, die ich im Völkerbunde machte, in allen Kreisen Anklang fanden. Aber es würde falsch sein, anzunehmen, daß es nicht viele gab, die empfanden, daß für ihre eigene Nation dieselben Bedenken gelten, und die froh wären, ein Band zu finden, das der Politik ihrer inneren Gedanken sein könnte, ohne dem Völkerbunde angeschlossen zu sein, den vielleicht ihre eigenen Erklärungen in allen Kreisen hervorgehoben hätten. Ich weiß, daß unser Land und das Reich, von dem es ein Teil ist, sie hoffen könnten, vollständig an sein, in dem Sinne, wie Vollständigkeit in den Versammlungen der Nationen der Welt beurteilt wird.

Zum Austritt Lord Cecil aus dem Kabinett erklärte Chamberlain: Ich bin auch jetzt noch nicht sicher darüber, worin die Differenzen zwischen Cecil und mir be-

stehen. Wenn ich Cecil richtig verstehe, so wäre er bereit, Verpflichtungen einzugehen, die zu übernehmen nach meiner Ansicht vernünftige Männer des britischen Volkes nicht das Recht haben, ebensowenig wie sie die Macht haben, sie zu erfüllen. Weiter hebt Chamberlain die großen Verdienste hervor, die Lloyd George im Weltkrieg um sein Land erworben habe, fuhr aber dann fort: Lloyd Georges Ruhm wird aber auf seinem Beitrag zur Organisation des Krieges beruhen, als auf dem, was er zur Schaffung und Aufrechterhaltung des Friedens getan hat. Ich bin weit davon entfernt zu behaupten, daß der Friede so sicher ist, wie wir wünschen möchten. Aber ebensowenig bin ich bereit, der beneidenden Schilberung Lloyd Georges irgendwelche Unterstützung zu leisten. Die Welt ist eine unruhige Welt, aber sie ist heutzutage eine Welt des guten Willens; sie versucht, ihre Probleme friedlich zu lösen und wird in dieser Aufgabe vom Völkerbund unterstützt. Es wird ihr jedoch nicht gelassen durch die Sprache der Ubertreibung, durch die gedankenlos Hoffnungen erweckt werden, die nicht erfüllt werden können und in der gedankenlos und rücksichtslos Tadel erteilt wird, der nicht verdient ist. Unsere Fortschritte bei diesem Werk der Stabilisierung des Friedens sind nicht unbedeutend gewesen.

Deutschland ist von seinen vormaligen Feinden in der Gemeinschaft der Nationen willkommen geheißen worden. Ich glaube die Auffassung des britischen Reiches und nicht nur die der britischen Regierung wiederzugeben wenn ich erkläre: Ich werde nach Maß und Mäßigkeit helfen, jeden Versuch des Wohlwollens zu fördern, um das Gefühl der Sicherheit in Europa und in der Welt zu verfestigen.

Aber es gibt Grenzen für das, was eine einzelne Macht tun kann.

Wir werden gebeten, die Garantie auf alle Grenzen auszuweiden, die wir für die Weltregionen in Europa gegeben haben. Wir werden zu gleicher Zeit gebeten, zu weiteren Maßnahmen auf dem Gebiet der Abrüstung überzugehen. Einige Leute dachten, wie mir scheint, wir könnten Völkerschaft auf Völkerschaft häufen und Verpflichtung auf Verpflichtung übernehmen. Wenn wir die Höchstleistung versprochen, die wir für die Sache machen könnten, die unser Volk am tiefsten bewerte und für die es sich am bereitwilligsten in den Kampf wirft, so würde dies eine Verpflichtung sein, die wir niemals leisten könnten. Wir können und wir müssen nach Maß unserer Fähigkeit in den verschiedenen Umständen dazu beitragen, jeden Angriff zu verhindern oder zum Scheitern zu bringen. Aber unser Land oder irgendein Land einzeln, seine gesamten Hilfsquellen, das Leben aller seiner Söhne, jedes Interesse, das es an sozialer Stabilität und Wohlstand hat, seinen Bestand selbst, zur Verfügung irgendeiner auswärtigen Körperschaft, die bei jedem Streitfall eingreifen soll, zu stellen, — das ist ein Vorschlag, den, wenn ihn irgendein Land übernimmt, — kein Land erfüllen würde. Es ist klüger, die Tatsachen anzuerkennen und sich auf das Mögliche zu konzentrieren, statt alles, was wir erreichen könnten, zu verlieren. (WZB.)

Ruhe nach dem Sturm.

Die Krisenwoche um den Reichsfinanzminister Köhler ist zusammengebrochen. Sie war in raffiniertester Ausnutzung der allgemeinen Besorgnis des deutschen Volkes vor unzulässigen Eingriffen des Reparationsagenten von der Linken in langen hemmungslosen Angriffen gegen die Reichsfinanzpolitik geschickt genug aufgebaut. Heute aber kann kein Zweifel mehr darüber bestehen, daß das vielumkämpfte Memorandum Parker Gilberts auf einer Vereinbarung zwischen ihm und dem Reichsfinanzminister beruht; heute wissen wir, daß es von Dr. Köhler selbst befehligt war und feinerlei Einmischungsabsichten des Reparationsagenten verraten kann; heute wissen wir auch, daß der Stand der Reichsfinanzen — an sich ernst genug — das Geschrei der Linken nicht rechtfertigt, das in nur zu deutlicher Tendenz überlaut erhoben wird. Und was von den unliebsamen Vorgängen der letzten Tage übrig bleibt, ist eine allerdings reichlich ungeklärte Regie des Reichsfinanzministers, die es durchaus berechtigt erscheinen lassen muß, wenn, wie behauptet wird, Dr. Stresemann sich dafür eingesetzt hat, das Außenministerium in diese außenpolitisch überaus bedeutsamen Verhandlungen mit Parker Gilbert eingeschaltet zu lassen. Mag man es verstehen können, daß Dr. Köhler und der Reparationsagent in gleichem Maße den Wunsch hegen, die Denkschrift nicht zu veröffentlichen; denn es handelt sich bei ihr um ein Glied in einem Gedankenkreislauf, der noch nicht abgeschlossen ist, und ihr Herausstreichen aus den Zusammenhängen würde notwendig ein schlechtes Bild der Lage geben. Nicht verstehen kann man es jedoch, warum die Aufklärung des Reichsfinanzministeriums über das Drum und Dran dieses Memorandums des Reparationsagenten so lange hinausgezögert werden mußte, bis die Unruhe und Besorgnis der Öffentlichkeit das erzwang, was, rechtzeitig aufgeklärt, der ganzen Lage viel von ihrer Schärfe genommen hätte. Es ist zweifellos viel Porzellan zerfallen worden. Und wenn es auch gewiß nicht von Nachteil sein kann, daß die deutsche Öffentlichkeit, die bisher den großen Problemen und Belastungen des Dawes-Planes nur zu sorglos gegenübergestanden hatte, einmal einen zwar recht betrübenden, aber überaus lehrreichen Einblick in die Abhängigkeit gewonnen hat, die zwischen unserer Gelebearbeit und der ungeheuerlichen Macht der Reparationsgläubiger besteht, so wird man doch bedauernd feststellen müssen, daß durch das maßlose Krisengeschrei über die Reichsfinanzen die mehr und mehr gerade im Auslande aufkeimenden Stimmen für die Notwendigkeit einer Dawes-Revision für längere Zeit zur Unwirksamkeit verurteilt worden sind. Wenn man in Deutschland selbst aus innenpolitischen Gründen den Reichsfinanzminister einer Verschwendungspolitik zeicht, dann wird man nicht erwarten dürfen, daß man das Ausland von der Unerfüllbarkeit der Reparationsforderungen überzeugen kann. Mehr und mehr spitzt sich deswegen die Wälfheit einer Revision des Dawes-Planes auf die ernste Frage des schwedischen Professors Kassel zu, wie tief Deutschland erst wirtschaftlich und sozial herabsinken müsse, damit die Alliierten einer Revision geneigt würden.

Immerhin hat die kritische Entwicklung der letzten Tage insofern ein Gutes im Gefolge gehabt, als der Reichsfinanzminister im Haushaltsausschuß einen Ueberblick über den Stand der Reichsfinanzen gegeben hat, wie er in so einschneidender und umfassender Weise sonst stets den Sitzberatungen vorbehalten zu werden pflegt. Diese Rede hat ein übriges getan, die Wogen der Erregung zu glätten. Das zeigt sich bereits in der ruhigen Beurteilung in England. Und auch in Deutschland wird man den sehr sorgfältigen Aufstellungen des Reichsfinanzministers zum mindesten das eine entnehmen müssen, daß die Reichsfinanzen im laufenden Geschäftsjahre trotz Besoldungsreform und Liquidationsschuldengleich nicht bedroht sind. Gefahrenmomente für das laufende Finanzjahr kamen bei der sich auf die Steuererträge und besonders auf die Ausgaben der Erwerbslosenfürsorge überaus günstig auswirkenden Konjunkturentwicklung überhaupt nur von dem Nachtragshaushalt des vorigen Jahres und von dem bei der augenblicklichen Geldmarktlage durch Anleihen nicht zu deckenden außerordentlichen Haushalts. Beides sind Erbteile der Herr Reinhold. Darauf muß hingewiesen werden angesichts der ungerechtfertigten Reklameweise der demokratischen Presse, die nicht nur nicht müde wird, die glänzende Geschäftsführung ihres Finanzministers den Stämpfereten seines schlagigen Nachfolgers gegenüberzustellen, sondern die zur Aufhebung der angeblich miserablen Beziehungen Dr. Köhlers zu Parker Gilbert auch damit freiben gegangen ist, wie gewandt Dr. Reinhold mit dem Reparationsagenten zu patieren verstanden hätte. Daß wir aber gerade Herrn Rein-

Der Kampf um die Todesstrafe.

Die Verhandlungen im Strafrechtsausschuß.

Berlin, 27. Oktober. Der Strafrechtsausschuß des Reichstages leitete die Beratung über die Todesstrafe fort. Abg. Böckler (Komm.) führte aus: Wir sind grundsätzliche Gegner der Todesstrafe im kapitalistischen Staate. (WZB-Rufe und große Beifälle.)

Abg. Dr. Kahl (DVP.)

erklärte, daß die Frage der Aufrechterhaltung oder Abschaffung der Todesstrafe für ihn keine Prinzipienfrage bedeute. Er sei kein begeisterter Anhänger der Todesstrafe. Aber er müsse es auf das Bestimmteste ablehnen, daß diese Frage als eine Kulturfrage behandelt werde und daß man als Träger der Barbarei bezeichnet wird, wenn man heute noch Anhänger der Todesstrafe sei.

Abg. Kahl betonte dann, daß für ihn die ganze Angelegenheit eine Frage der Zweckmäßigkeit, gemessen am Maßstabe des gesamten Staates, sei. Sollte man es verantworten können, daß der Staat schon heute auf das äußerste Strafmittel in äußersten Fällen verzichtet? Der Stand der Kriminalität erzwinge es ihm jetzt nicht, für den Verzicht auf dieses äußerste Strafmittel einzutreten. Das Recht zum Vollzug der Todesstrafe könne keinem Staate abgesprochen werden, wie er ja auch den Einsatz des Lebens seiner Bürger für Verteidigung seines Vaterlandes fordere. Es sei möglich, daß im Laufe der Strafvollzugsreform die Frage der Abschaffung der Todesstrafe erörtert werden könnte, wenn wirk-

liche Sicherungsmassnahmen gegen unverbesserliche Verbrecher eingehaut würden. Bisher aber sehe er immer Tendenzen auf Abschwächung des Sicherungselementes.

Reichsjustizminister Bergl

rechtfertigte den Vorschlag, die Todesstrafe für das Verbrechen des Mordes beizubehalten. Die Todesstrafe sei seit längerer Zeit ein Bestandteil unserer Rechtsordnung und in das allgemeine Volksbewußtsein tief eingeprägt. Ein solcher Entschluß herab zu schenken verantwortung ist sich. Man dürfe ihn nur fassen, wenn man sicher sei, daß die Abschaffung der Todesstrafe nicht zu einer Steigerung der Morbidität, nicht zu einer Vernichtung des Lebens Unschuldiger führe.

Die Gegner der Todesstrafe seien daher verpflichtet, den Beweis zu erbringen, daß die Todesstrafe keine abschreckende Kraft habe.

Ein solcher Beweis lasse sich mit statistischen Zahlen nicht führen. Zurzeit müsse man sich damit begnügen, die harte Strafdrohung des geltenden Gesetzes, wonach bei Mord unbedingt auf Todesstrafe erkannt werden müsse, durch Zulassung mildernder Umstände zu mildern. Daneben wird auch in Zukunft das Gnadenrecht fortbestehen, das die Vollstreckung eines Todesurteils nur in den allerdringlichsten Fällen und nur da vorsieht, wo jede Gefahr eines Justizirrtums nach menschlichem Ermessen ausgeschlossen bleibt.

Abg. Dr. Garmann (D.V.) wandte sich dagegen, daß die Verhängung der Todesstrafe an das 21. Jahr geknüpft werde, angesichts des Falles, daß kürzlich ein Mörder und ein Kennzeichentragender eine Familie kaltblütig und mit Vorlag ermordeten.